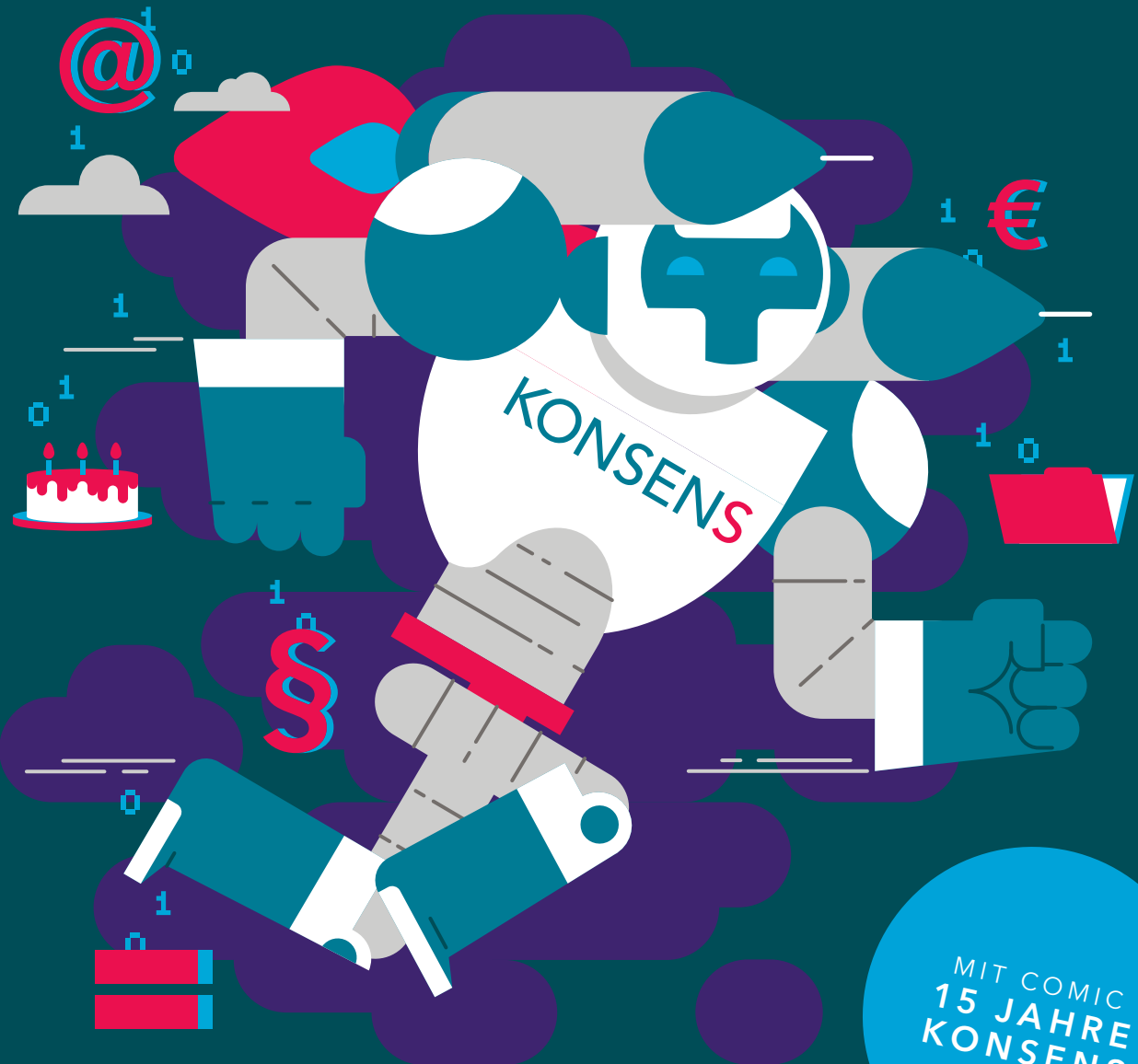


KONSENS magazin

ZUKUNFT DIGITAL



MIT COMIC
15 JAHRE
KONSENS

MISSION: INNOVATION

Wie Bund und Länder gemeinsam das erfolgreichste eGovernment-Vorhaben der Verwaltung voranbringen

KONSENS GESTERN, KONSENS HEUTE

In den letzten 15 Jahren ist das Gesamtvorhaben rasant gewachsen.

x4

*Das jährliche Planbudget KONSENS
hat sich in den letzten 15 Jahren vervierfacht.*

2007 **46,3 Millionen Euro**
2021 **189 Millionen Euro**

x2

*Im Vergleich zu 2009 investiert KONSENS heute mehr
als doppelt so viel Geld in die Softwareentwicklung.*

2009 **33 Millionen Euro**
2021 **77 Millionen Euro**

x6

*Heute gehen sechsmal so viele elektronische
Einkommensteuererklärungen ein wie 2007.*

2007 **5,51 Millionen**
2021 **31,6 Millionen**

x3

*Seit 2007 hat sich die Zahl der Mitarbeitenden
bei KONSENS mehr als verdreifacht.*

2007 **346 Mitarbeiterkapazitäten**
2021 **1.250 Mitarbeiterkapazitäten**



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

»Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.«
Demokrit (460-371 v. Chr.)

Mit Mut starteten fünf Länder und der Bund im Jahr 2007 eine Mission mit dem Ziel, die IT-Landschaft der Steuerverwaltung für alle Länder gemeinsam zu vereinheitlichen, zu standardisieren, zu modernisieren und stetig weiterzuentwickeln. Rechtliche Grundlage war das zum 1. Januar in Kraft getretene Verwaltungsabkommen KONSENS. Seitdem haben wir viele Schritte auf diesem Weg zurückgelegt. Wesentliche Produktlinien wurden in den Einsatz gebracht und erste Modernisierungserfolge gefeiert. Und das alles bei weitestgehend störungsfreier Arbeit in den Finanzämtern. Ab dem 1. Januar 2019 war neben dem Verwaltungsabkommen das KONSENS-Gesetz anzuwenden, welches eine an einem IT-Systemhaus orientierte Struktur vorgibt. Mittelpunkt der Aufgaben dieser letzten Jahre war es, die Organisationsstrukturen auf dieses Ziel anzupassen und uns am weltweit verfolgten Standard der »Serviceorientierten Architektur« auszurichten. Dieser Prozess war für alle aktiv Beteiligten im Gesamtvorhaben KONSENS eine viel größere Herausforderung, als ursprünglich angenommen, wird aber von uns allen gemeinsam verfolgt und getragen. Durch die Einführung gemeinsamer Kommunikationsplattformen wird ein Miteinander gefördert und so eine gute Basis für die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren geschaffen. Auch wenn die IT in der Steuerverwaltung eine viel längere Historie hat, können wir in KONSENS auf erkennbare Fortschritte zurückblicken. Deshalb feiern wir in diesem Jahr unser 15-jähriges Jubiläum und sind stolz auf viel Erreichtes.

Viel getan - viel erreicht - noch viel zu tun! Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine bunte Reise durch 15 Jahre KONSENS.

IHRE GESAMTLEITUNG

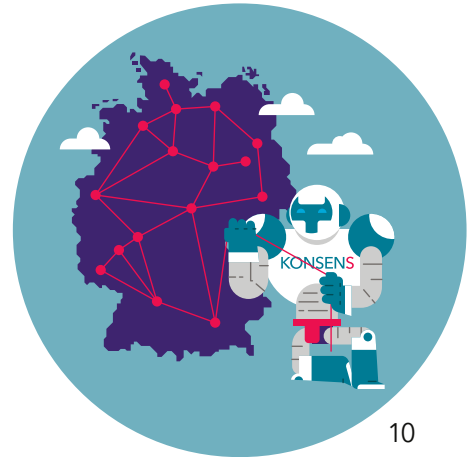
Sven Wolfrum (Gesamtleiter), Simone Robeis (Stellvertreterin), Frauke Hesse (Stellvertreterin)

(Foto oben v. l. n. r.)

INHALT

15 JAHRE KONSENS

- 4 Gemeinsam voraus
- 9 Im Team zum Steuerbescheid



10

IN FARBE

- 10 Mission: Innovation

KÖPFE

- 12 Wenn nicht jetzt, wann dann?



12

IN DER PRAXIS

- 18 Interview mit Florian Köbler, Bundesvorsitzender der DSTG

BILDSCHIRMPAUSE

- 20 Auf unser (Gemein-)Wohl!

AUSBLICKE

- 22 Aus der KONSENS-Welt

GEMEINSAM VORAUSS

2007 trat das Verwaltungsabkommen KONSENS in Kraft – bis heute eine der Grundlagen, auf denen Bund und Länder bei der Entwicklung der Steuer-IT zusammenarbeiten. Inzwischen ist daraus das erfolgreichste eGovernment-Vorhaben der Verwaltung entstanden.

Das Steuerrecht ist bundesweit einheitlich. Daher ist es weder effizient noch sinnvoll, in den Ländern parallel unterschiedliche Softwareprodukte dafür zu entwickeln«, sagt Thomas Quade. »Schon als das Verwaltungsabkommen KONSENS 2007 in Kraft trat, waren die Vereinheitlichung und die Modernisierung der IT in der Steuerverwaltung das große Ziel.« Allerdings setzte man sich das Ziel damals nicht zum ersten Mal: Mit dem 1991 beschlossenen FISCUS-Projekt und der 2001 gegründeten fiscus GmbH waren zuvor zwei Ansätze gescheitert, die Steuer-IT in Deutschland zusammenzuführen. Während beim FISCUS-Projekt jedes Land Programmieraufgaben übernommen hatte, war die fiscus GmbH privatwirtschaftlich organisiert. Allerdings sei es schwierig gewesen, das in den Ländern vorhandene Know-how am Standort Bonn zu bündeln, erinnert sich Quade, damals Abteilungsleiter der fiscus GmbH und heute Gruppenleiter im Ministerium der Finanzen Nordrhein-Westfalen. Beim Start von KONSENS sei die Stimmung trotzdem optimistisch gewesen: »Die vorherigen Fehler hatte man genau analysiert. KONSENS war von Anfang an anders aufgestellt. Die Mission war zwar dieselbe, aber die Strategie, die Art und Weise der Zusammenarbeit, machten den entscheidenden Unterschied.«

Bereits 2004 – der Bundeskanzler hieß da noch Gerhard Schröder, der Bundesfinanzminister Hans Eichel – hatte die Finanzministerkonferenz die Weichen für die neuen Strukturen



»Wir wollen die Vereinheitlichung der Software abschließen und die Modernisierung konsequent fortführen. Damit sind wir besser aufgestellt: bei der Neuentwicklung, der Personalgewinnung und der effizienten Pflege der IT.«

Thomas Quade

der Zusammenarbeit gestellt, die mit dem Verwaltungsabkommen von 2007 festgeschrieben wurden: Die fünf Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen übernehmen die Verantwortung und entwickeln die Software im Auftrag des Bundes und aller 16 Länder. In der Steuerungsgruppe IT, der auch Thomas Quade angehört, entscheiden der Bund und die fünf Steuerungsgruppenländer darüber, wie die Anforderungen nach Nutzen und Dringlichkeit priorisiert werden. Die



»Wenn manche Verwaltungen gerade einmal PDFs annehmen können, zeigt mir das, wie sehr sich das Efa-Prinzip bei KONSENS bewährt hat. Diese Diskussion haben wir vor 20 Jahren geführt.«

Holger Hartmann

anderen elf Länder sind bei der Genehmigung des jährlichen Vorhabenplans und an der Finanzierung beteiligt, halten sich aber aus der operativen Steuerung heraus. »Das war ein Meilenstein der föderalen Zusammenarbeit«, erinnert sich Sven Wolfrum. Er war vor 15 Jahren auf Seiten des Bundes für das Abkommen zuständig und ist heute Gesamtleiter des Gesamtvorhabens. »Wir wollten schon damals die Software für Deutschland so effektiv wie möglich entwickeln«, sagt er. »Dafür war die Einigung auf KONSENS essenziell.«

IT-SYSTEMHAUS FÜR 100.000 BESCHÄFTIGTE

Seither hat sich bei der Steuer-IT viel getan. Die Software bei KONSENS wird mittlerweile in 19 Verfahren entwickelt, mehr als 240 KONSENS-Produkte sind im Einsatz. Das jährliche Planbudget hat sich seit 2007 auf 189 Millionen Euro vervierfacht. »Man kann sich KONSENS inzwischen als IT-Systemhaus mit mehr als 1.200 Mitwirkenden vorstellen, die jeden Tag an Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Mitarbeitenden in den Finanzämtern arbeiten«, sagt Sven Wolfrum. Mehr als 100.000 Beschäftigte an rund 550 Standorten nutzen dort die Software – nur eine Handvoll Konzerne in Deutschland hat überhaupt mehr Personal. Kein Wunder, dass bei dem IT-Systemhaus dahinter die Verantwortlichkeiten klar geregelt sein müssen.

Eine wichtige Säule ist dabei das Efa-Prinzip, kurz für: einer für alle. Konkret heißt das, dass eines der fünf Auftrag nehmenden Länder die Verantwortung übernimmt, wenn Programmierarbeiten anstehen – alle anderen verpflichten sich, die Lösung im Nachgang zu übernehmen. »KONSENS hat Efa schon 2007 zum Prinzip erhoben. Was jetzt im Onlinezugangsgesetz als großer Sprung beschrieben wird, machen wir seit 15 Jahren«, sagt Holger Hartmann. Der Jurist ist Automationsreferent im Staatsministerium der Finanzen in Dresden. In seinem Bereich werden die sächsischen Anforderungen an die KONSENS-IT gebündelt und später, nach der Lieferung des neuen Produkts, dessen Einsatz organisiert. Alles, was dazwischen passiert, hätten die Länder, die nicht Teil der Steuerungsgruppe IT sind, lange Zeit als Blackbox empfunden: »Die Erstellung der Lastenhefte, der Pflichtenhefte, der Beginn der Programmierung – da wussten wir nicht: Wie weit sind wir? Wo liegen Probleme?« Um das zu ändern, wurde schließlich die AG Transparenz gegründet, der Hartmann angehört. »Wir wollten mehr Transparenz herstellen, Prozessoptimierungen anstoßen und neue Ideen einbringen«, erinnert er sich. Das sei auch gelungen. Etwa mit der Weiterentwicklung des Informationstools KONVIC, über das sich mittlerweile der Fortschritt der Produkte erkennen lässt. »Es reicht ja eigentlich, wenn sich fünf Finanzverwaltungen den Kopf zerbrechen – da müssen nicht 16 drüber reden«, sagt Hartmann schmunzelnd. Im Grunde spiegle das »den Geist von KONSENS: dass elf Länder auf Kompetenzen verzichten, damit die Software schneller kommt und effizienter programmiert wird.«

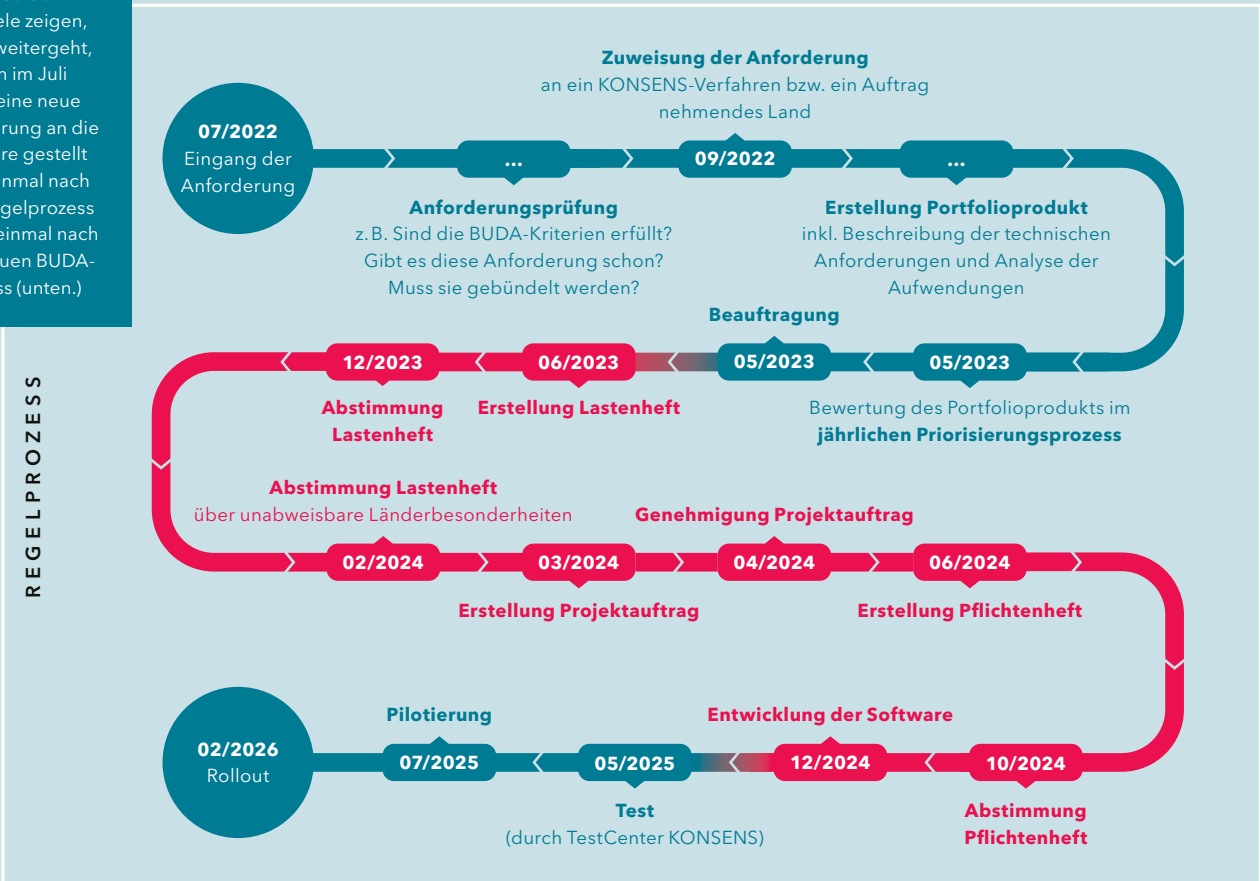
DAS HIGHLIGHT? DAS MITEINANDER!

Trotz der klaren Arbeitsteilung gibt es nur wenige IT-Leistungen bei KONSENS, die ein Land »einfach so runterprogrammieren könnte«, wie Thomas Quade es ausdrückt, meist gibt es gleich mehrere Schnittstellen zu anderen Verfahren. Dass am Ende aber doch immer eine verlässliche Software für die Steuer-IT steht und das Miteinander über Länder- und Verfahrensgrenzen hinweg funktioniert, ist sein Highlight der letzten 15 Jahre: »Wir haben mehrfach gezeigt, dass wir Komplexität gut koordinieren können. Wie wir zusammenarbeiten und wie die Lösungen ineinandergreifen, das macht KONSENS aus«, sagt er. Ein Beispiel

AUF KURZEM WEG

Wenn es schnell gehen muss, sind übersichtliche Strukturen umso wichtiger. Der neue BUDA-Prozess (**B**eschleunigte **U**msetzung **d**ringlicher **A**nforderungen) legt fest, wie die Software bei kurzfristig umzusetzenden Entscheidungen - zum Beispiel aus der Politik - angepasst wird.

Die beiden Beispiele zeigen, wie es weitergeht, wenn im Juli 2022 eine neue Anforderung an die Software gestellt wird: einmal nach dem Regelprozess (oben), einmal nach dem neuen BUDA-Prozess (unten.)



Anmerkung: Die zeitlichen Vorgaben im Beispiel sind exemplarisch und sollen den Ablauf der beiden Prozesse verdeutlichen. Unabhängig davon können einzelne Schritte in beiden Prozessen jeweils länger bzw. kürzer dauern.



»KONSENS ist meiner Einschätzung nach das erfolgreichste eGovernment-Vorhaben der Verwaltung und weiterhin ein gutes Beispiel für die föderale Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.«

Sven Wolfrum

dafür hat Quade auch parat: die Vorausgefüllte Steuererklärung. Die basiert auf Meldungen aus dem KONSENS-Mitteilungsverfahren (KMV). Und das wiederum wurde ursprünglich eingeführt, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Risikomanagement der Finanzämter die Arbeit zu erleichtern – also denjenigen, die mit automatisierter Unterstützung die Steuererklärungen prüfen. »Wir haben mit dem KONSENS-Mitteilungsverfahren eine Möglichkeit geschaffen, zentral Mitteilungen von Dritten einzuholen, etwa von den Arbeitgebern oder den Rententrägern, die über das Verfahren Risikomanagementsysteme maschinell ausgewertet werden. Daraus entstand die Idee, diese Mitteilungen den Bürgerinnen und Bürgern über ELSTER direkt bereitzustellen«, erinnert sich Quade. »Mittlerweile verwalten wir über das KMV mehr als eine Milliarde Mitteilungen.«

Das Beispiel zeigt: Die Verfahren bei KONSENS hängen eng zusammen. Neben den Neuentwicklungen stehen die Altverfahren, manche Software wurde vor 50 Jahren konzipiert. Um die Komplexität noch besser in den Griff zu bekommen, ist seit 2019 das KONSENS-Gesetz anzuwenden – formuliert aus der Erkenntnis heraus, dass die wachsende Organisation von neuen Strukturen profitieren wird. Entsprechend definiert es vor allem neue Prozesse und eine zentrale Steuerung. Am sichtbarsten dabei: die neue Gesamtleitung. »Die ersten drei Jahre waren von administrativen

Aufgaben geprägt«, zieht Gesamtleiter Sven Wolfrum eine Zwischenbilanz. Die größte Herausforderung sei es gewesen, ad hoc einen Veränderungsprozess anzustoßen, während sichergestellt werden musste, dass die Software in den Ländern weiter funktioniert und betrieben werden kann. Mittlerweile wurden die technische Konsolidierung, die Projektausrichtung und die Serviceorientierung auf den Weg gebracht. Dass Prozesse beschleunigt und Termine gehalten werden, ist allen ein großes Anliegen. Zudem haben sich die neuen Strukturen etabliert, etwa das Zusammenspiel von Verfahren, Projekten, Gesamtleitung und Stabsstellen. Mit dem Verfahrensforum wurde dafür sogar eine neue Kommunikationsplattform geschaffen. »Einer der großen Erfolge des letzten Jahres«, sagt Wolfrum, »weil die Verfahren erleben: Sie werden gefragt. Und sie dürfen mitreden.«

»WIR STEHEN KURZ VOR DER ZIELEINFAHRT«

Das Onlinezugangsgesetz gibt es vor: Das Onlinezugangsgesetz gibt es vor: 575 Verwaltungsleistungen sollen Ende 2022 digital abrufbar sein – darunter auch Leistungen des Gesamtvorhabens KONSENS. Noch arbeiten die beteiligten Verfahren mit Hochdruck an der Umsetzung. »Wir stehen aber kurz vor der Zieleinfahrt und werden die OZG-Anforderungen nahezu vollständig fristgerecht erfüllen«, sagt Lisa Marie Köhler, stellvertretende Leiterin des Koordinierungsprojekts OZG beim Bayerischen Landesamt für Steuern. Ein Vorteil sei, dass KONSENS bereits seit 15 Jahren nach dem EfA-Prinzip arbeite und es dadurch für die derzeitigen Abstimmungen etablierte Strukturen gebe, so Köhler. Inhaltlich gehen die OZG-Anforderungen über das breite Spektrum an Leistungen hinaus, die über das Bürgerportal ELSTER bereits digitalisiert sind. Vor allem beim sogenannten Rückkanal – also weg von der Verwaltung und hin in Richtung Bürger – laufen Umsetzungsarbeiten, etwa bei den Bescheiden für die Körperschaftsteuer oder die Gewerbesteuer.

onlinezugangsgesetz.de

VERANTWORTUNG, LOYALITÄT UND COMMITMENT

Im vergangenen Jahr hat die Gesamtleitung das Miteinander innerhalb von KONSENS unter anderem in einer Workshopreihe zum Thema gemacht. Zum Auftakt kamen mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter der Verfahren, des Bundes und der Länder zusammen. »Eine besondere Konstellation«, sagt Daniel Auwermann, Gründer der Organisationsberatung TRAFO, der mit seinem Team den Change-Prozess begleitet hat. KONSENS sei als Organisation besonders divers aufgestellt. Mit der Verwaltung, den Landes- und Bundesministerien auf der einen und den IT-Profis auf der anderen Seite prallten sehr unterschiedliche Kulturen aufeinander. »Aber alle übernehmen Verantwortung, zeigen eine hohe Loyalität untereinander und ein Megacommitment«, so Auwermann. »In der Organisationsentwicklung ist ein Prinzip, dass die Organisation zur Wertschöpfung und zum Unternehmenszweck passen muss. Das ist bei KONSENS zu 100 Prozent der Fall. Das Verantwortungsbewusstsein dafür ist hoch, dass Trial-and-Error bei der Verwaltung von rund 750 Milliarden Euro Steuern keine Option ist und jedes Produkt absolut korrekt sein muss.«

Das gilt auch dann, wenn aus der Politik kurzfristig Entwicklungsaufträge eingehen: Als der Bundestag zum Beispiel die Corona-Wirtschaftshilfen beschlossen hatte, mussten diese innerhalb von Wochen in der Steuer-IT abgebildet werden. Der Regelprozess mit der Priorisierung der Anforderungen und der aufwendigen Abstimmung der Lastenhefte ist dann zu langwierig. Damit auch unter Hochdruck strukturiert gearbeitet wird, Leistungen am Architekturstandard ausgerichtet und Dokumentationspflichten eingehalten werden, hat KONSENS kürzlich den neuen BUDA-Prozess, kurz für »Beschleunigte Umsetzung dringlicher Anforderungen«, eingeführt. Er gibt klare Verantwortlichkeiten und Schritte vor. »Sonst führt das dazu, dass die Lösung vielleicht zeitgerecht ist, aber nicht ins Umfeld passt«, sagt Gesamtleiter Sven Wolfrum. »Mit dem BUDA-Prozess sind wir gut für die Zukunft aufgestellt.« Was die Zukunft sonst noch bringt? Da zählt Wolfrum gleich mehrere Projekte auf: die Umsetzung der technischen Zielarchitektur. Die Umstellung auf die Cloud. Eine einfach bedienbare Steuer-App. Die Digitalisierung der letzten papierbasierten Prozesse. Vielleicht sogar Chats und Videotelefonate mit



»Das Commitment des Teams von KONSENS ist ein Garant dafür, dass die Steuer-IT korrekt funktioniert. Niemand möchte, dass unsere Steuer über eine Betaversion läuft.«

Daniel Auwermann

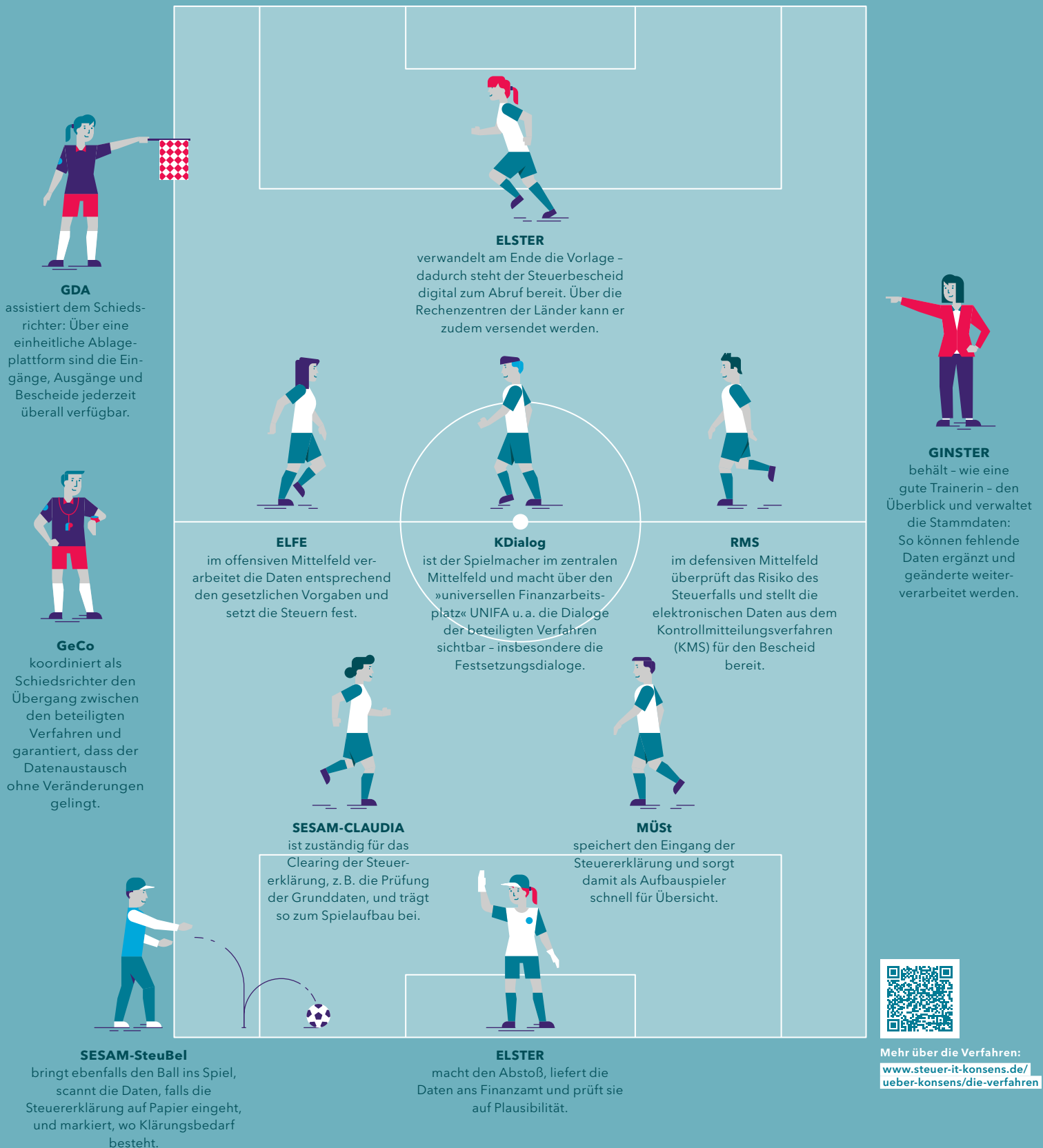
dem Finanzamt. Um die Pflichten aus den Steuergesetzen zu erfüllen, brauche es in jedem Fall »intuitive, leichtgewichtige Möglichkeiten.«

ERFOLGREICHES eGOVERNMENT

15 Jahre nach Inkrafttreten des Verwaltungsabkommens hat KONSENS hinter seinen wichtigsten Auftrag regelmäßig ein grünes Häkchen setzen können: »KONSENS hat es bisher immer geschafft, die Software zur Festsetzung und Erhebung der Steuern rechtzeitig zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise das Gemeinwesen Deutschlands zu sichern«, sagt Wolfrum. Intern habe man zudem immer zusammengehalten: »Selbst wenn wir erkennen, dass etwas nicht optimal läuft, suchen wir zusammen nach der optimalen Lösung.« Und schließlich gibt es noch die positiven Rückmeldungen von Dritten: ELSTER wurde mehrfach ausgezeichnet. Viele andere Ressorts, Kommunen und Länder können die ELSTER-Zertifikate zur Authentifizierung auf ihren Portalen nutzen. Und auch das ELSTER-Unternehmenskonto könnte künftig weitere Dienstleistungen integrieren. »KONSENS ist meiner Einschätzung nach das erfolgreichste eGovernment-Vorhaben der Verwaltung«, bilanziert Wolfrum. »Unsere Erfahrungen und die des Verfahrens ELSTER fließen aktiv in die Digitalisierungsüberlegungen in Deutschland ein.« —

IM TEAM ZUM STEUERBESCHEID

Über ELSTER reichen die Bürgerinnen und Bürger ihre Einkommensteuererklärung ein, über ELSTER bekommen sie den Bescheid später zugestellt. Damit das reibungslos klappt, spielen auf den Arbeitsplatzrechnern der Finanzämter viele KONSENS-Verfahren zusammen. Die Teamaufstellung.



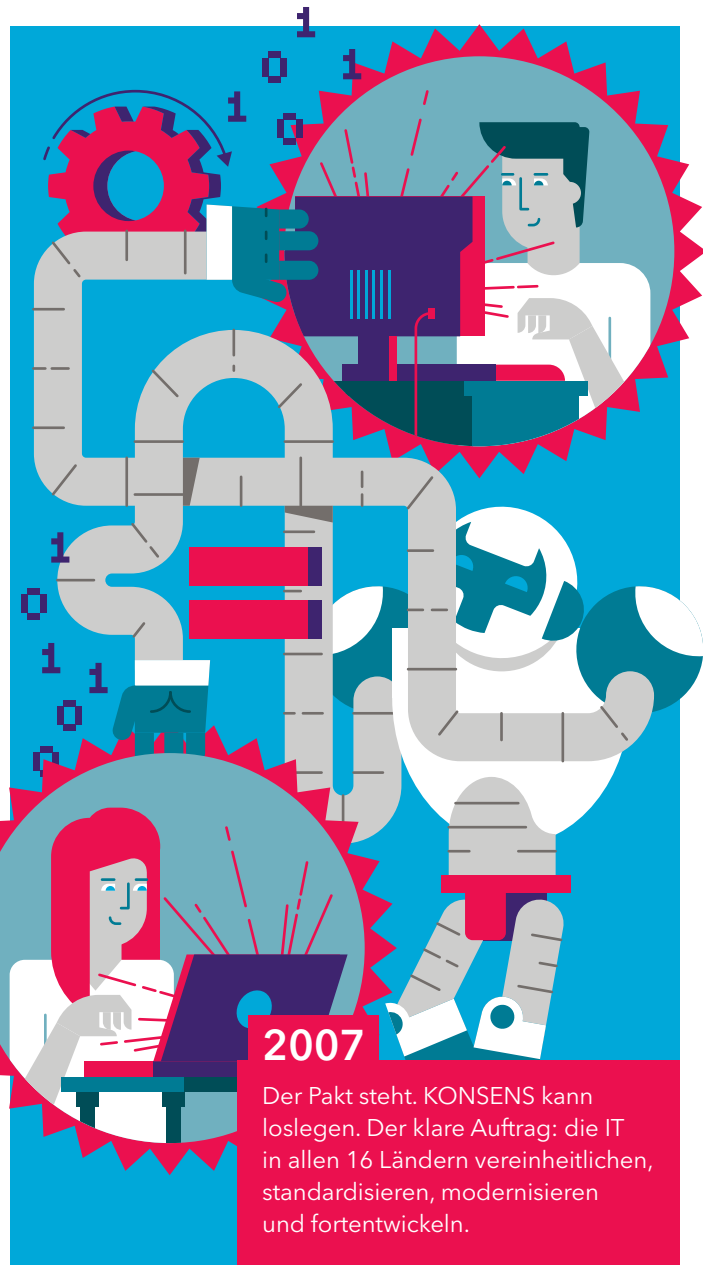
Mehr über die Verfahren:
www.steuer-it-konsens.de/ueber-konsens/die-verfahren

MISSION: INNOVATION



Was bisher geschah:

Ganz Deutschland hat dasselbe Steuerrecht. Hat ganz Deutschland auch eine einheitliche Steuer-IT? Nein! Das soll sich ändern, beschließen Bund und alle Länder 2004 gemeinsam. Sie fassen einen Plan: Fünf von ihnen übernehmen zusammen mit dem Bund die Steuerung und begeben sich auf den Weg ...



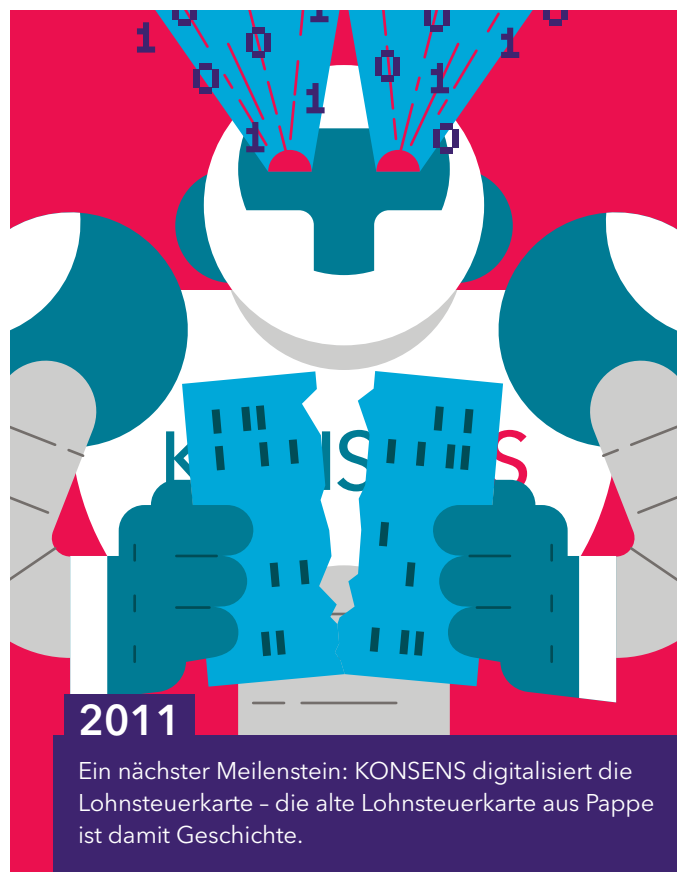
2007

Der Pakt steht. KONSENS kann loslegen. Der klare Auftrag: die IT in allen 16 Ländern vereinheitlichen, standardisieren, modernisieren und fortentwickeln.



2008

Die erste Hürde ist genommen! Die Grundinformationsdaten der Steuerpflichtigen liegen jetzt einheitlich strukturiert im Verfahren GINSTER vor. Mit einem Klick sind Namen, Adressen und Co. über die bundesweite Datenbank aufrufbar.



2011

Ein nächster Meilenstein: KONSENS digitalisiert die Lohnsteuerkarte - die alte Lohnsteuerkarte aus Pappe ist damit Geschichte.



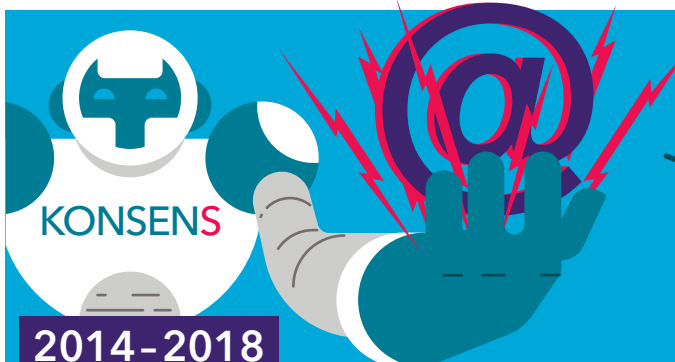
2012

Fast alle Länder nutzen weitgehend die gleiche Software für den Steuerbescheid. Die erste Stufe hin zur Vereinheitlichung ist geschafft!



2013

Tschüss, seitenlange Vordrucke und Formulare: Bürgerinnen und Bürger können über das ElsterOnlinePortal ihre Steuern jetzt online erklären.



2014-2018

KONSENS etabliert in diesem Zeitraum unter anderem die Vorausgefüllte Steuererklärung, schließt die Vereinheitlichung der Körperschaftsteuerprogramme ab und nimmt den Betrieb der ZPS Vollmachtsdatenbank und der ZPS ELSTER-Kommunikation auf.



2019

Boxenstopp für KONSENS: Mit dem KONSENS-Gesetz kommt ein Update - neue Strukturen, verschlankte Prozesse und ein klares Ziel: Beschleunigung.



2021

Deutschland im Pandemie-Alltag: Die Corona-Wirtschaftshilfen unterstützen Unternehmen und Selbstständige. KONSENS und DAME arbeiten unter Hochdruck, um die schnelle Umsetzung möglich zu machen.



Die Reise geht weiter:

Weil Deutschland auch in Zukunft eine einheitliche und moderne IT braucht, um die Steuern gerecht zu erheben ...

WENN NICHT JETZT, WANN DANN?

Damit das Arbeiten in der Steuerverwaltung morgen noch besser gelingt und alle bequem an ihren eigenen Steuerbescheid kommen, müssen Menschen bei KONSENS heute Veränderungen anstoßen. Das ist nicht immer leicht. Aber immer spannend.

Wenn Sven Kruse von seinem Job erzählt, ist schnell zu spüren, dass er etwas bewegen will. »Ich bin niemand, der die Dinge auf sich beruhen lässt. Irgendwann muss etwas Neues her.« Das spiegelt auch sein Werdegang wider: Nach dem Studium sammelte der Wirtschaftsinformatiker gut zehn Jahre Erfahrung in verschiedenen globalen Unternehmen, bevor er 2021 zur Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen wechselte. Seit April 2022 leitet der 33-Jährige hier die Zentrale Organisationseinheit Architekturmanagement - kurz ZOE ARC - und ist damit an einem Paradigmenwechsel in der Steuerverwaltung federführend beteiligt: der Umstellung auf die Zielarchitektur 2025. Um zu erklären, was seine Arbeit ausmacht, nutzt Kruse ein einfaches Bild: KONSENS als Haus. »Wir als ZOE ARC geben den Rahmen vor, wie dieses Haus gestaltet werden soll, damit am Ende alle Bauteile exakt ineinandergreifen.« Das Fundament sei die Hardware - »also die Server und Rechner, auf denen alles läuft«. Darauf aufgebaut halte die ZOE ARC nun fest, wie viele Stockwerke und Bäder das Haus haben soll oder wie hoch die Räume sind. »Wir geben zum Beispiel vor, auf welcher Linux

Version die Software laufen, welche Datenbanken genutzt oder welche Programmiersprache verwendet werden soll.« Mit der Zielarchitektur 2025 verabschiede man sich vom sogenannten monolithischen Vorgehen: »Um im Bild des Hauses zu bleiben: Früher war alles aus einem Guss. Heute dagegen fügen wir vorgefertigte Module aus modernsten Baustoffen vor Ort zusammen.« In der IT-Sprache heißen diese Elemente »Microservices« und sie bergen einen großen Vorteil: »Früher musste man selbst bei der kleinsten Aktualisierung gleich das gesamte Software-Verfahren anfassen. Heute ist es möglich, kleinere Teile zu bearbeiten und Änderungen gezielt umzusetzen.« Die größte Herausforderung seiner täglichen Arbeit liegt für Sven Kruse nicht in der Technik, sondern darin, die Menschen von den Vorteilen der neuen Struktur zu überzeugen. Und die liegen für ihn auf der Hand: »Die Mitarbeitenden in den Finanzämtern werden von modernen Oberflächen profitieren, die so einfach zu bedienen sein werden wie die Apps, die sie vom Handy kennen. Und Entwicklerinnen und Entwickler können bei neuen gesetzlichen Vorgaben schneller und mit weniger Aufwand die Funktionalitäten der Software anpassen.«

SVEN KRUSE

Leiter ZOE ARC

»Architekturmanagement ist zwar technisch, aber auch People's Business. Denn wir bringen Veränderung, und Veränderung ist unbequem. Zu vermitteln, welche Vorteile neue Strukturen haben, ist die größte Herausforderung.«





MARION RINGE

Verfahrensmanagerin BuStra/Steufa

»Veränderungsprozesse sorgen oft für Verunsicherung, zunächst auch für Mehrbelastung. Das muss man ernst nehmen und sich damit auseinandersetzen. Wichtig ist aber auch: den Blickwinkel zu weiten auf das, was Positives entstehen kann.«

ERST VEREINHEITLICHEN, DANN VORANTREIBEN

Dass Innovation manchmal mit Unsicherheiten verbunden ist, weiß Marion Ringe aus erster Hand. Sie leitet seit 2019 das Verfahren BuStra/Steufa, das die Mitarbeitenden in den Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie der Steuerfahndung bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen soll. Kern der neuen Anwendung: Sie setzt einen Geschäftsprozess in einen IT-Ablauf (Workflow) um, der die Zusammenarbeit in und zwischen den Bereichen Strafsachenstelle, Fahndung und Innendienst abbildet. »Wer macht was in welcher Reihenfolge? Wer muss ein Dokument gegenzeichnen? Das ist ein Wissen, das Kolleginnen und Kollegen, die schon lange dabei sind, intuitiv haben, in das sich Neue aber oft erst aufwendig einarbeiten müssen.« BuStra/Steufa leitet nun alle Mitarbeitenden

durch diesen Prozess. »In der Erstversion erzeugt die Software zum jeweiligen Prozessschritt bereits einen Teil der benötigten Dokumente - von der Einleitung bis zur Einstellung des Verfahrens«, erklärt Marion Ringe. Die Verfahrensmanagerin ist überzeugt von »ihrem« Produkt, doch sie benennt auch Herausforderungen: »Unsere größte Hürde bei der Einführung sind die unterschiedlichen Erwartungshaltungen der Länder, die wiederum auf den unterschiedlichen Reifegraden der bisher in

den Ländern eingesetzten Anwendungen beruhen.« Denn: BuStra/Steufa löst bestehende Länderverfahren ab und ersetzt dabei in einigen Ländern auch Anwendungen, die über das hinausgehen, was das KONSENS-Produkt BuStra/Steufa aktuell bietet. Dass der Einsatz einer neuen, weniger umfassenden Anwendung auf den ersten Blick als Rückschritt empfunden wird und auf Gegenwind stößt, kann Marion Ringe nachvollziehen. »Demgegenüber stehen aber eben auch Länder, die weder die finanziellen noch die personellen Mittel haben, um eigene moderne IT-Unterstützungsleistungen zu programmieren. Für diese Länder bedeutet der Einsatz von BuStra/Steufa bereits mit der Erstauslieferung einen Fortschritt.« Insgesamt überwiegen für Marion Ringe die Chancen, die in der Vereinheitlichung liegen. »Ich glaube, wir öffnen hier echter Innovation die

Tür: Indem wir eine Basis schaffen, auf der wir aufbauen können, das Produkt weiter vorantreiben und eine stärkere Vernetzung ermöglichen. Das bringt am Ende allen Ländern einen Mehrwert.«

GEMEINSAM STATT IM ALLEINGANG

Andere vom Nutzen einer neuen Software zu überzeugen, die bisher eingesetzte Programme ablöst: Diese Herausforderung kennt auch Frank Kamphausen. Der 49-Jährige leitet seit 2017 das Verfahren StundE. Die Abkürzung steht für Stundung und Erlass - ein Name, der mittlerweile nur noch teilweise beschreibt, was das Verfahren leistet. Etwa 25 Mitarbeitende in Niedersachsen entwickeln Softwarelösungen, die die Finanzämter



FRANK KAMPHAUSEN

Verfahrensmanager StundE

»Unsere Vision ist es, künftig kein Papier mehr zu brauchen - nicht als steuerzahlendes Unternehmen, nicht als Steuer Bürgerinnen und -Bürger und nicht als Bearbeitende in den Finanzämtern.«



dabei unterstützen, verschiedene Anträge rund um die zu zahlenden Beträge zu bearbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Stundung – also das spätere Bezahlen – und den Erlass – also das Nichtbezahlen – einer Steuerforderung, sondern auch um die sogenannte »Aussetzung der Vollziehung«. »Letzteres greift, wenn zum Beispiel gegen einen Steuerbescheid Einspruch eingelegt oder geklagt wird und die Zahlung des Betrags so lange hinausgezögert werden soll,

bis die rechtliche Klärung abgeschlossen ist«, erklärt Kamphausen. StundE wurde nach und nach in den Ländern eingeführt und kommt seit 2021 in nahezu allen deutschen Finanzämtern zum Einsatz. »Wir schätzen, dass mittlerweile rund 50.000 Menschen regelmäßig mit StundE arbeiten«, so Kamphausen. Der Weg dahin? Nicht immer einfach, erinnert er sich. Denn: »Eine neue Software ändert immer auch die Art und Weise, wie bisher gearbeitet wurde.« Um alle

DANIEL GRESS

Leiter TestCenter KONSENS

»Kaum ein Bereich ist so schnelllebig wie die IT - da kann und darf man sich Veränderungen nicht verwehren. Und das will ich auch gar nicht.«

Akteurinnen und Akteure so gut wie möglich ins Boot zu holen, setzte das Team von StundE konsequent auf Dialog. »Wir haben in jedem Land einen Kick-off-Workshop durchgeführt, um unsere Anwendung vorzustellen und in den direkten Kontakt zu treten. Zusätzlich haben wir ein Schulungskonzept bereitgestellt und standen für Rückfragen während der Einführung jederzeit zur Verfügung.« Angebote, die in den Ländern gern angenommen wurden. »Der Prozess war intensiv - aber es hat sich gelohnt, die Veränderung gemeinsam und im engen Austausch anzustoßen.« Für die Zukunft liegt ein Schwerpunkt im Verfahren StundE in der Ausrichtung auf die technische Zielarchitektur 2025. Als weiteres wesentliches Ziel hat sich Frank Kamphausen vorgenommen, dass StundE künftig alle Leistungen vollständig papierlos und medienbruchfrei anbietet.

TESTEN MIT STRATEGIE

Ob BuStra/Steufa oder StundE: Kein KONSENS-Verfahren kommt an Daniel Gress vorbei. Er leitet seit sieben Jahren das TestCenter KONSENS - kurz TCK - und ist damit dafür verantwortlich, neu entwickelte Software auf Herz und Nieren zu prüfen. Im Vordergrund steht dabei die umfassende Integration der Programme: »Wir schauen, ob die Software auch im großen KONSENS-Kosmos genauso funktioniert, wie sich die Entwicklerin oder der Entwickler das vorgestellt hat«, so Gress. Dazu hat das TCK eine sogenannte Referenzumgebung erschaffen. »Wir haben dort eine ideale Finanzamtswelt nachgebaut, auf der Rechnern immer die neuesten Stände von allen

KONSENS-Verfahren installiert sind. Auf diese Weise können wir sehen, ob die Verfahren korrekt miteinander kommunizieren.« Neben diesen Schnittstellentests prüfen die insgesamt 30 Mitarbeitenden des TCK unter anderem einen Katalog von mittlerweile mehr als 100 Anforderungen, die Sven Kruses Team von der ZOE ARC (siehe oben) an KONSENS-Software stellt. »Wird eine Vorgabe nicht eingehalten, weisen wir das zurück - dann können die Verfahren das ändern oder eine Ausnahmegenehmigung bei ZOE ARC beantragen.« In Zukunft werden Daniel Gress und sein Team im Rahmen der neuen KONSENS-Teststrategie noch deutlich mehr Verantwortung übernehmen. »Statt uns »nur« auf die sich ständig weiterentwickelnde Integration der Software zu konzentrieren, werden wir die Entwicklerinnen und Entwickler in den Ländern auch bei den frühen Tests während der Entwicklungsphase der Software unterstützen.« Dafür wird das TCK den Verfahren die Möglichkeit bieten, sich auf Knopfdruck eine temporäre Testumgebung aufzubauen, mithilfe derer sie auch die Schnittstellen zu den sich gerade ebenfalls neu entwickelnden Verfahren testen können. Bis es so weit ist, müssen Daniel Gress und sein Team noch einige Hürden überwinden. Doch der 48-jährige Jurist ist optimistisch: »Wir haben in den letzten Jahren schon Großes geschafft, den Automatisierungsgrad unserer Arbeit vorangetrieben - und wir werden künftig noch mehr dazu beitragen, die Qualität der KONSENS-Software zu verbessern.« —

JETZT BEWERBEN

Erfahrene Entwicklerin oder begeisterter Technikfreak? Organisationstalent oder interessiert an Qualitätssicherung? KONSENS sucht laufend neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Teil eines der größten Digitalvorhaben Deutschlands werden wollen.

Die aktuellen Stellenausschreibungen in den Ländern finden Sie unter www.steuer-it-konsens.de/wen-wir-suchen



»OHNE DIE FINANZVERWALTUNG LÄUFT GAR NICHTS«

Florian Köbler ist als Bundesvorsitzender der DSTG die Stimme der Menschen, die in deutschen Finanzämtern arbeiten. Im Interview spricht er über die Rolle der IT in der Steuerverwaltung - und die großen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Die Digitalisierung des deutschen Verwaltungsapparats ist eine Mammutaufgabe. Vielfach wird das mangelnde Tempo dieses Prozesses kritisiert. Wie würden Sie den Stand der Dinge in der deutschen Steuerverwaltung beschreiben?

Für mich steht fest, dass die Steuerverwaltung die mit Abstand digitalste Verwaltung in Deutschland ist. Wir sind gut, aber wir müssen trotzdem besser werden. Schon allein wegen des drohenden Fachkräftemangels muss es gelingen, dass der Computer uns Arbeiten abnimmt - das ist unsere einzige Chance. Momentan befinden wir uns in einer Hybridphase: Es ist schon vieles digitalisiert, aber es gibt auch noch eine Menge Papierakten. Die derzeitige Herkulesaufgabe ist es, diese analoge Welt in die digitale zu überführen. Und das kostet nicht nur Geld, sondern auch immens viel Arbeitskraft.

Der Kampf um Fachkräfte tobt in der IT besonders heftig. Öffentliche Arbeitgeber tun sich schwer, mit globalen Unternehmen mitzuhalten. Was kann die Steuerverwaltung tun?

Aus meiner Sicht müssen ganzheitliche Konzepte gefunden werden. Das fängt bei Strategien für die Personalgewinnung an und geht hin bis zu

Onboarding-Konzepten, guten Personalentwicklungsmöglichkeiten, dem Ausbau interner Studiengänge und einer dauerhaften Mitarbeiterbindung. Über allem steht das Image der Steuerverwaltung als öffentliche Arbeitgeberin. Es muss uns gelingen, dieses Image weiter zu verbessern: mit guten Arbeitsbedingungen, einer tollen Work-Life-Balance und natürlich einer attraktiven Bezahlung. Die Beschäftigten müssen sich wertgeschätzt fühlen.

Erhält das IT-Personal in der Steuerverwaltung aus Ihrer Sicht die Anerkennung, die es verdient?

Das Problem ist, dass gut funktionierende Dinge immer als selbstverständlich hingenommen werden. Sobald aber eine Sache nicht läuft, ist der Ärger groß. Denken Sie nur an den ELSTER-Ausfall Anfang Juli 2022: Ein Bauteil wurde defekt, weshalb ELSTER ein Wochenende nicht die gewünschte Performance liefern konnte. Das Medienecho war riesig und man schrieb von der katastrophalen Digitalisierung der Steuerverwaltung. Dass ELSTER aber über mittlerweile 23 Jahre nahezu problemlos läuft, davon spricht kaum jemand. Lassen Sie mich klar sagen: Die Beschäftigten in der IT machen einen großartigen Job, aber können eben auch nicht alle Löcher stopfen. Deshalb brauchen wir mehr Personal und mehr Geld.



»Es muss darum gehen, die Vorteile der IT mit dem Erfahrungsschatz und dem Wissen der Beschäftigten in der Steuerverwaltung zu kombinieren - und das Beste für alle herauszuholen.«

Florian Köbler
ist seit Juni 2022 Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und seit 2018 der Präsident der Union of Finance Personnel in Europe (UFE).

Finanzbeamtinnen und -beamte haben in Deutschland einen eher schlechten Ruf. Brechen Sie doch hier eine Lanze für diesen Berufsstand.

Klar ist: Ohne die Finanzverwaltung würde gar nichts laufen - niente! Die Finanzverwaltung ist die einzige Einnahmeverwaltung des Staates und sorgt mit ihrer Arbeit dafür, dass der Staat handlungsfähig ist und bleibt. Ich bin aber davon überzeugt, dass sich das Image unseres Berufsstandes in den letzten Jahren gewaltig verbessert hat. Klar, niemand zahlt gern Steuern - aber die Bürgerinnen und Bürger akzeptieren es nicht länger, dass sich eine bestimmte Klientel ihrer Steuerpflicht entzieht, oftmals mit illegalen Mitteln. Fest steht, dass wir diejenigen sind, die für Steuergerechtigkeit kämpfen. Und wir sorgen mit unserer Arbeit für faire Wettbewerbsbedingungen. Das ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft - die Verlässlichkeit der Verwaltung.

KONSENS feiert dieses Jahr 15. Geburtstag. Was waren die größten Leistungen des Vorhabens aus Ihrer Sicht?

Für mich war und ist die größte Leistung, dass es gelungen ist, alle Länder und den Bund beim Vorhaben KONSENS mit an Bord zu

holen und das Vorhaben einer gemeinsamen IT voranzubringen. Vorausgegangen war ja die sogenannte fiscus GmbH, die aber scheiterte. Das ist KONSENS nicht passiert - im Gegenteil: Gerade mit ELSTER und dem ELSTER-Zertifikat wurden hier echte Meilensteine geschaffen. Vergangenes Jahr sind knapp 32 Millionen Steuererklärungen elektronisch abgegeben worden. Bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass es vor rund zehn Jahren noch unter zehn Millionen waren. Klar gibt es trotzdem weiter viel zu tun ...

Was wären aus Ihrer Sicht wichtige Meilensteine?

Ich gehe davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger langfristig einen vollständig digitalen Workflow mit der Steuerverwaltung erwarten. Die Steuererklärung per App ist dabei sicher ein Thema. Im Idealfall gibt es eine nahezu komplett vorausgefüllte Steuererklärung und die Steuerpflichtigen müssen diese nur noch bestätigen. Für die Zukunft erwarte ich außerdem, dass uns Künstliche Intelligenz bei der Prüfung von Steuererklärungen, Buchhaltungsdaten und anderen Dokumenten hilft. Insgesamt muss es darum gehen, die Vorteile der IT mit dem Erfahrungsschatz und dem Wissen der Beschäftigten zu kombinieren - und das Beste für alle herauszuholen. —

AUF UNSER (GEMEIN-)WOHL!

Wir alle müssen Steuern zahlen. Sie sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates - und ermöglichen viele unverzichtbare und schöne Dinge des Lebens.

Betreut von Anfang an

Steuergelder sorgen dafür, dass Kitas gebaut und Kinder betreut werden können. Viele Kommunen stellen Kitaplätze sogar kostenfrei zur Verfügung.

Schnelle Hilfe

Wenn's brennt, zählen Sekunden: Deshalb finanziert jede Kommune eine eigene Freiwillige Feuerwehr, meist mit mehreren Standorten. Größere Städte müssen zusätzlich eine Berufsfeuerwehr einrichten. Mehr als 1 Million Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in mehr als 220 Freiwilligen Feuerwehren - knapp 35.000 Feuerwehrleute arbeiten in den 110 Berufsfeuerwehren.

Saubere Sache

Wer zuhause den Müll runterbringt, ist eine beliebte Streitfrage. Klar ist aber, wer danach übernimmt: die Müllabfuhr. Rund 12.000 Abfallsammelfahrzeuge sind täglich in Deutschland unterwegs.

Freizeit mit Wert

Mit Steuergeldern sorgen wir indirekt dafür, dass es Sportplätze, Turnhallen, Schwimmbäder, öffentliche Parks und Kinderspielplätze gibt - und dass sie gepflegt werden können. Und hier zählt jeder Cent: So gab es 2019 beispielsweise nur noch 6.420 öffentliche Bäder in Deutschland, das sind knapp 1.400 Bäder weniger als im Jahr 2000.

Versorgt im Alter

Die Beiträge zur gesetzlichen Rente allein reichen schon lange nicht mehr, um die Renten zu zahlen. Deshalb fließt ein großer Teil der Steuereinnahmen - aktuell rund 100 Milliarden Euro - an die Deutsche Rentenversicherung.

Geschichtsträchtig

Die Idee, dass der Einzelne etwas fürs Gemeinwohl leisten muss, ist rund 5.000 Jahre alt: Schon Hochkulturen wie die Ägypter und Mesopotamier kannten Frühformen von Steuern - oft in Form von Naturalien.

Klimafreundlich unterwegs

Wir alle sorgen dafür, dass Busse und Bahnen fahren - indem wir Tickets kaufen, aber auch, indem wir Steuern zahlen. Mehr als 12 Milliarden Euro seines Haushalts gab der Bund 2021 zum Beispiel für den Erhalt und den Bau von Eisenbahnschienen aus.

Lernen fürs Leben

Von Kita bis Uni: Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahr 2020 mehr als 159 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben - das sind sechs Prozent mehr als im Vorjahr.

Alles, was Recht ist

Gesetze in die Tat umsetzen: Das schaffen die Länder mit Hilfe von Steuermitteln. Denn diese decken unter anderem die Personalkosten für Angestellte der Polizei und der Justiz.

AUS DER KONSENS-WELT



Stefan Rexroth, Leiter des Projektbüros

AN DER SCHNITTSTELLE

Zwischen der Gesamtleitung, den 19 KONSENS-Verfahren und den sieben Zentralen Organisationseinheiten (ZOE) ist das Projektbüro der Gesamtleitung KONSENS angesiedelt. Das siebenköpfige Team unterstützt die Gesamtleitung bei der Organisation und Durchführung der Gremiensitzungen, im operativen Tagesgeschäft sowie bei Recherchen und Abstimmungen – konkret etwa bei den ZOE-K-Sitzungen oder den Jours fixes mit den Entwicklungsleitungen. Leiter des Projektbüros ist Stefan Rexroth.

Stefan Rexroth ist erfahren in der föderalen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und der technischen Ausgestaltung von IT-Verfahren: Von 1996 an arbeitete er im Bundeszentralamt für Steuern in Bonn für das Vorhaben FISCUS, bevor er 2007 in die neue Geschäftsstelle IT (GS-IT) wechselte. Mit dem KONSENS-Gesetz übernahm das Team der GS-IT zusätzlich die Aufgabe des Projektbüros für die neue Gesamtleitung. »Als Ansprechpartner an der Schnittstelle zwischen Gesamtleitung, ZOE und Verfahren sind wir für die KONSENS-Mitarbeitenden jederzeit erreichbar und finden meist schnell und pragmatisch eine Lösung«, sagt Rexroth.

gl-pb@finmail.de

KONSENS LIVE

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause war das Gesamtvorhaben KONSENS Ende Juni 2022 wieder auf dem Zukunftskongress Staat & Verwaltung präsent. Unter anderem wurde der KONSENS-Chatbot vorgestellt, zwei Best-Practice-Vorträge (»User Experience von ELSTER« und »Von der Anforderung zum eingesetzten IT-Produkt«) fanden großen Anklang.

Auch das politische Frühstück findet 2022 statt – und zwar am 18. Oktober in der Bundespressekonferenz. —

NESSI: STEUERLICHE NACH WEISE FÜR DIE DIGITALE BRIEFTASCHE

NESSI ist die Nachweisplattform ELSTER Self-Sovereign Identities zur Ausstellung steuerlicher Nachweise für die neue digitale Brieftasche. Beim Prinzip der Self-Sovereign Identity soll künftig jede Person bestimmte digitale Nachweise in einer sogenannten Wallet-App vorhalten. Diese Informationen können selektiv und anlassbezogen definierten Partnerinnen und Partnern zur Verfügung gestellt werden. Beispielsweise kann über NESSI ein Einkommensnachweis ausgestellt werden und von den Nutzerinnen und Nutzern der Hausbank für einen Kreditantrag übermittelt werden. Die Partnerinnen und Partnern können dann die Herkunft sowie die aktuelle Gültigkeit des Nachweises über eine Blockchain bzw. Distributed Ledger überprüfen. Die Studie NESSI wurde in Bayern initial aufgesetzt. Das KONSENS-Auftraggebergremium der Referatsleiter Automation des Bundes und der Länder erwägt, aktiv in die Umsetzung der Studie einzusteigen. —

IMPRESSUM

Herausgeber

Marketingmanagement KONSENS

Ansprechpartnerinnen

Elke Hirsch-Biermann,
Franziska Josefine Oidtmann,
Marketingmanagement KONSENS,

Ministerium der Finanzen des
Landes Nordrhein-Westfalen,
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
mam-konsens@fm.nrw.de
Tel. 0221 4972-1709
www.steuer-it-konsens.de

Redaktion und Design

ressourcenmangel an der Panke
GmbH, Berlin

Fotos

S. 3 I.: Sophie Kirchner, S. 3 r.,
S. 14, S. 15: Bildschön/Andreas
Genz, S. 4, S. 13: Bildschön/Jan
Heinze, S. 5: Bildschön/Jens
Kirchschläger, S. 7: Bildschön/
Tom Maelsa, S. 8: Bildschön/Se-
bastian Runge, S. 16: Bildschön/
Mark Gross, S. 19: Bildschön/
Boris Trenkel, S. 22: Bildschön/
Nicole Müller

Illustrationen

Robert Albrecht

Druck

X-PRESS Grafik & Druck GmbH,
Berlin

63%

63 Prozent der Menschen in Deutschland haben bereits Onlinedienstleistungen der Behörden genutzt. Vor der Pandemie lag dieser Anteil erst bei 52 Prozent.*

70%

In einer Umfrage gaben 70 Prozent der Menschen in Deutschland an, dass sie zukünftig Behördengänge öfter digital durchführen wollen.**

75%

Drei Viertel der Menschen in Deutschland würden im Kontakt mit der Verwaltung gern ein einheitliches Servicekonto (Bürgerkonto) nutzen.***

89%

89 Prozent der Internetnutzerinnen und -nutzer in Deutschland kennen die elektronische Steuererklärung. 52 Prozent haben die Dienstleistung schon selbst genutzt.*

77%

77 Prozent der Menschen in Deutschland wären mit dem Einsatz Künstlicher Intelligenz in Behörden unter bestimmten Bedingungen einverstanden.**

MACHEN JETZT ALLE. UND WIR SEIT 2007.

Schon seit mehr als 15 Jahren arbeiten Bund und Länder im Gesamtvorhaben KONSENS zusammen an der Entwicklung der Steuer-IT. Nach dem Prinzip »Einer für alle«, kurz EfA, übernimmt ein Land die Programmierung – alle anderen setzen im Anschluss die gemeinsame Software ein. Mit dem Onlinezugangsgesetz hat sich die Arbeitsteilung nach dem EfA-Prinzip in vielen Verwaltungen etabliert.

IT-PROFIS:
(m/w/d)

**JETZT
BEWERBEN!**

[steuer-it-konsens.de/
wen-wir-suchen](http://steuer-it-konsens.de/wen-wir-suchen)

